



Newsletter *** Newsletter *** Newsletter

Ausgabe: 06/2005

Was mich bewegt...

... ist, das, was Berlin mit dem Internationalen Deutschen Turn- und Sportfest (IDTF) bewegt hat: Über hunderttausend Turnerinnen und Turner (zwei Drittel Frauen und ein Drittel Männer) aus allen Teilen der Bundesrepublik und auch aus dem Ausland hat Berlin als gute Gastgeber-Stadt aufgenommen. Erstmals war das Deutsche Turn- und Sportfest richtig international: 3.600 ausländische Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 33 Ländern nahmen teil.

Über 2.000 Mitwirkende haben ihr Können, ihr Engagement und ihre Begeisterung in Shows und Programmen des IDTF bewiesen. In Berlin gab es eine gute Generationenmischung: 51 Prozent sind jünger als 30 Jahre und 25 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer gehören der Generation 50 Plus an.

Ein besonderer Dank allen, die dazu beigetragen haben, dass so ein gigantisches Sportfest gelingt: über 5.000 Helferinnen und Helfer haben ermöglicht, dass Berlin bei vielen Turnerinnen und Turnern in guter Erinnerung bleiben wird. Bei den vielen Helferinnen und Helfern aus meinem Wahlkreis Charlottenburg-Wilmersdorf werde ich mich noch einmal persönlich mit einer Einladung in den Deutschen Bundestag bedanken.

Ich muss gestehen - mich hat das IDTF sehr schnell gefangen genommen - und so standen in meine Woche vom "Pfingstsonnabend" bis zur Sportgala heute Abend, am 20. Mai, viele Termine auf dem Wochenplan: so zum Beispiel die Eröffnung im Kammermusiksaal, meine Teilnahme als Jurorin für den TuJu-Oscar - Glückwunsch an die Sportfreunde Kladow, die einen hervorragenden dritten Platz verdient belegt haben! Und dann das "Turnical" - eine Superkreation der "Linie 1" vom Grips-Theater. Regisseur Rüdiger Wandel ist es gelungen, völlig unterschiedliche Turnergruppen zu einer neuen "Linie 1" zusammen zu stellen - in der Deutschlandhalle tobten die vielen Besucherinnen und Besuchern. Ein Höhepunkt waren die "Wilmersdorfer Witwen" - "Fred und seine

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • ☎ (030) 227 – 77262 • 📠 (030) 227 – 76263

✉ petra.merkel@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Goethestr. 80 • 10623 Berlin • ☎ (030) 3138882 • 📠 (030) 31800168

www.petra-merkel.de



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

Freunde" vom Charlottenburger TSV – an der Spitze der neu gewählte Präsident der Arge-Sport Charlottenburg-Wilmersdorf, Phillip Schneckmann.

Am Mittwochnachmittag empfing Bundeskanzler Schröder – übrigens auf meine Anregung hin - eine Delegation des deutschen Turnerbundes und des IDTF. Im "Kanzler-Garten" würdigte Gerhard Schröder das IDTF und vor allem die vielen aktiven Freizeitsportlerinnen und Sportler. Ein kleines Turn-Programm machte selbst dem Bundeskanzler Lust auf mehr - und Schröder nahm die vom Präsidenten des Deutschen Turnverbands Rainer Brechtken angefragene Schirmherrschaft für die Turnerweltmeisterschaft 2007 in Stuttgart gern an.

Den Abschluss der Woche werden noch Preisverleihungen, die Matinée 50 Plus im ICC und natürlich die Stadiongala im Berliner Olympiastadion bilden: Über 5.500 Mitwirkende feiern mit den 74.000 Zuschauern in einer glanzvollen Show das Internationale Deutsche Turnfest Berlin 2005.

Alles in allem: Eine schönes Breiten- und Spitzensportereignis in Berlin!

Ihre

Petra Merkel

Aus dem Bundestag

REDE IM BUNDESTAG

Rede am Freitag, den 13. Mai 2005 im Plenum des Deutschen Bundestages anlässlich der aktuellen Stunde zum Thema „Äußerungen des Bundesministers der Finanzen zu Haushaltsrisiken für den Bundeshaushalt 2005 und zur Mehrwertsteuer“

„Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin froh, dass die Atmosphäre etwas ruhiger geworden ist.

Auch im Ausschuss haben wir in Ruhe diskutiert. Das finde ich bei diesem Thema wirklich wichtig; denn die Situation ist ernst und wir nehmen sie auch ernst. Es ist richtig, was Herr Fricke gesagt hat: Die Situation ist nicht hoffnungslos. Herr Fricke, Sie haben Ihr Buch hoch gehalten, schlagen Sie doch einmal eine beliebige Seite auf. Sie werden sicher einen Volltreffer landen; denn Sie haben auf jeder Seite um 1 000 Euro gekürzt. Wenn Sie auf 440 Seiten um jeweils 1 000 Euro kürzen, kommt etwas heraus. Ich gebe ja zu, dass Sie sich Mühe geben. Das ist doch schon etwas.

Vielleicht hätten Sie sich aber schon am Anfang der Legislaturperiode Mühe geben müssen, als es wirklich um den drastischen Abbau von Subventionen ging. Wo waren Sie,



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

als es um das Steuervergünstigungsabbaugesetz – ein Wortungetüm, hinter dem drastischer Subventionsabbau steckt – ging? Damals haben wir uns nahezu mit jedem und jeder im Land angelegt. Ich kann mich noch sehr gut erinnern: Damals sind Sie abgetaucht, damals wollten Sie nicht mitmachen. Sie schreien bei jedem Punkt, wir sollen Subventionen abbauen, aber damals haben Sie nicht mitgemacht.

Ich kann mich noch gut an die Gespräche erinnern, die ich darüber mit meinem Blumenhändler an der Ecke geführt habe. Wir haben darüber gefightet, dass wir die Mehrwertsteuer von für ihn 7 auf 16 Prozent erhöhen wollten. Er sagte: Wie können Sie das machen? Dann müssen wir entlassen. Das ist dramatisch. – Das war im November. Wir dürfen zum Subventionsabbau nicht nur ein Lippenbekenntnis ablegen, sondern müssen ihn wirklich machen. Wissen Sie, welches Ergebnis es gab? Anfang Januar hatten wir das Gesetz zwar nicht umgesetzt, aber die Blumen waren teurer. Als ich fragte, wie kommt das eigentlich, antwortete mein Blumenhändler: Mehrwertsteuererhöhung. Ich sagte, das kann doch gar nicht sein, wir haben sie doch gar nicht erhöht. Der Großhandel hat die Preise erhöht.

Vor diesem Hintergrund muss ich sagen, wir müssen schneller arbeiten, schneller herangehen und manchmal mutiger springen. Wir dürfen nicht so kleinmütig wie in der Vergangenheit sein.

Der Subventionsabbau wäre uns nicht leicht gefallen, aber wir hätten den Etat insgesamt um 42 Milliarden Euro entlastet. Nach langen Kämpfen im Vermittlungsausschuss konnten wir die Subventionen um 11 Milliarden Euro kürzen. Unser Ziel waren aber 42 Milliarden Euro. Sie sind weggetaucht, weil Sie sich nicht mit ihrer eigenen Klientel anlegen wollten. So kommen wir aber nicht weiter. Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch. Ich bin sicher, ihre Umsetzung wäre möglich.

... niemand hat ein Patentrezept. Keiner kennt den Königsweg. Wir aber haben eine Möglichkeit vorgeschlagen. Sie jedoch haben nicht eingeschlagen, sondern sind weggetaucht.

Ich finde es gut, dass die SPD heute noch einmal einen Vorstoß zum Abschluss eines Finanzpakts gemacht hat. Hier müssen wir schauen, was bei Steuerhinterziehung, beim Abbau von Steuervergünstigungen – unser Konzept dazu liegt immer noch auf dem Tisch –, bei der Erbschaftsbesteuerung und was bei den Föderalismusstrukturen passiert. Wir dürfen nicht nur darüber reden, sondern wir müssen da rangehen.

Wenn heute einer in diese Diskussion reinzappt, schlägt er die Hände über dem Kopf zusammen. Wir müssen doch weiterkommen und ich denke, dazu gibt es auch eine Möglichkeit; denn jeder sieht, dass wir die Probleme lösen müssen und nicht nur darüber reden dürfen.

Wir haben auch eine Menge gemacht. Es ist nicht so, dass wir untätig gewesen sind. Das gilt beispielsweise für die Stabilisierung der Sozialsysteme. Auch das ist nicht einfach gewesen. Wir haben die Sozialversicherungsbeiträge so stabilisiert, dass sie nicht angehoben worden sind. Da ging es um 4 bis 5 Prozent. Das war eine unglaubliche Leistung. Bei den Krankenkassenbeiträgen ist eine Senkung erfolgt und die Rentenbeiträge sind auf 19,5 Prozent stabilisiert worden und nicht auf 21 oder 22 Prozent gewachsen.



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

Wir haben also die Begleitkosten von Arbeit stabil gehalten bzw. gesenkt. Wir wissen alle, dass wir noch mehr machen müssen. Das Gesundheitssystem ist noch nicht so stabil, wie wir es brauchen. Deswegen stellt sich auch die Frage nach einer Bürgerversicherung, nach neuen Systemen, um unser System im Vergleich zu anderen europäischen Ländern zu verbessern. Die Bürgerversicherung ist eine Antwort auf die Fragen zum Gesundheitssystem. Meine persönliche Auffassung ist, dass wir in dieser Form – alle sind beteiligt und alle müssen mit einzahlen – auch an die Rente herangehen müssen. Diesen Vorschlag müssen wir weiter ausbauen.

Wir haben weit reichende Reformen auf dem Arbeitsmarkt auf den Weg gebracht. Das fiel uns allen nicht leicht, aber wir haben es geschafft. Auch durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe haben wir eines geschafft: Wir haben den Kommunen durch den Wegfall der Sozialhilfe Luft verschafft; denn über 90 Prozent der Sozialhilfeempfänger sind aus der Sozialhilfe herausgefallen – und beziehen jetzt Arbeitslosengeld II. Das schafft den Kommunen genau wie die Gemeindefinanzierung Spielraum.

Ich kann nur den Gemeinderäten und Stadtvätern raten:
Schauen Sie nach, was Sie dadurch alles gewonnen haben, und investieren Sie in die kleinen und mittelständischen Betriebe und die Handwerker.
Machen Sie Ihre eigenen Aufträge. ...“

EU-VERFASSUNG – EINE VERFASSUNG FÜR EUROPA

Am 12. Mai hat der Deutsche Bundestag die EU-Verfassung ratifiziert. In namentlicher Abstimmung hat die überwältigende Mehrheit der Abgeordneten im Bundestag nach 2./3. Lesung dem Gesetz zum Vertrag über eine Verfassung für Europa zugestimmt. Nun muss noch der Bundesrat zustimmen. Er wird sich am 27. Mai mit der Verfassung beschäftigen.

Franz Müntefering würdigte in seiner Rede die geplante EU-Verfassung als „Kompass“ für das Zusammenleben der europäischen Völker. Eine Verfassung zu beschließen heiße, „Grundwerte zu benennen und sich Regeln zu geben“, sagte er in der Schlussdebatte des Bundestages über die Ratifizierung des Vertragswerkes.

Mit der EU-Verfassung wird weder das Ende der sozialen Marktwirtschaft eingeläutet, noch entfällt jegliche Sozialbindung des Eigentums. Gerade soziale Aspekte sind an zentralen Stellen der Europäischen Verfassung verankert. In ihren gemeinsamen Zielen, die der Verfassung übergeordnet sind, verpflichtet sich die Union zu einer sozialen Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt. Sie verpflichtet sich weiterhin, soziale Ausgrenzung und Diskriminierung zu bekämpfen sowie soziale Gerechtigkeit und sozialen Schutz zu fördern. Auch in der EU-Charta der Grundrechte, die integraler Bestandteil der EU-Verfassung ist, spielen die sozialen Rechte eine zentrale Rolle.

Stärkung nationaler Parlamente



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

Kritiker beklagen, die EU-Verfassung sei undemokratisch und entziehe den nationalen Parlamenten Kompetenzen. Es würde ein europäischer Superstaat entstehen. Die geplante EU-Verfassung führt aber zu einer Erweiterung der Mitsprachemöglichkeiten der nationalen Parlamente und damit des Bundestages bei der Brüsseler und Straßburger Gesetzgebung.

Die neue Konstitution sieht vor, dass nationale Parlamente unter gewissen Voraussetzungen gegen die Verletzung des Subsidiaritätsprinzips durch Brüssel klagen können. In der Verfassung wird zudem ein „Frühwarnsystem“ institutionell verankert: Die Pflicht zur rechtzeitigen Information der Volksvertretungen in den Mitgliedstaaten über geplante EU-Gesetze erlaubt es den nationalen Abgeordneten, besser als bislang bei der Ausarbeitung von EU-Richtlinien mitzubestimmen.

ÄNDERUNGEN BEI HARTZ IV - BESSERE ZUVERDIENSTMÖGLICHKEITEN

Die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige zu einer Grundsicherung für Arbeitsuchende hat das Ziel, allen erwerbsfähigen Arbeitsuchenden bessere Chancen für eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt zu bieten. Dieser Zielsetzung folgt auch die Neuregelung der Zuverdienstmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose. In erster Lesung wurde nun ein Gesetzentwurf vorgelegt, der den Hilfebedürftigen stärkere Anreize als bisher zur Aufnahme oder Fortsetzung einer Tätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt bieten soll.

Der Bezugspunkt für den Freibetrag ist künftig das Bruttoeinkommen. Die bisherigen Absetzbeträge (z.B. für Werbungskosten, Beiträge zu privaten Versicherungen, Beiträge zur Riester-Rente) werden durch einen Grundfreibetrag in Höhe von 100 Euro ersetzt. Für das den pauschalen Grundfreibetrag übersteigende Einkommen werden zusätzliche prozentuale Freibeträge eingeführt:

- Bis zu einem Bruttoeinkommen von 800 Euro beträgt der prozentuale Freibetrag 20%
- Für Bruttoeinkommen über 800 Euro beträgt der zusätzliche prozentuale Freibetrag 10 %.

Die Obergrenze für die Freibeträge liegt für Hilfebedürftige ohne Kinder bei einem Bruttoeinkommen von 1.200 Euro, für alle Bedarfsgemeinschaften mit Kindern bei einem Bruttoeinkommen von 1.500 Euro.

Der Gesetzentwurf geht auf den 20-Punkte-Katalog von Bundeskanzler Gerhard Schröder zurück, den er zur Fortsetzung der Agenda 2010 am 17. März vorgestellt hat. Gemeinsam mit einem Vertreter der CDU hatte sich Bundesminister Clement am 15. April 2005 auf die Eckpunkte für die Neuregelung der Zuverdienstmöglichkeiten geeinigt.



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

http://www.bmi.bund.de/cln_012/nn_122688/Internet/Content/Nachrichten/Pressemitteilungen/2005/05/VSB2004.html

Aus dem Wahlkreis

GIRLS'DAY 2005

Schon zum dritten Mal begleiteten mich Berliner Schülerinnen am bundesweiten Girls'Day. Am 28. April 2005 konnten sechs jungen Frauen einen Einblick in meinen Arbeitsalltag und meinen Arbeitsplatz, den Deutschen Bundestag, erhalten.

An diesem Tag habe ich mich auch an den Angeboten des SPD-Landesverbandes Berlin und der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses Berlin beteiligt. So konnten sich die Schülerinnen ein Bild von der politischen Arbeit auf Bundes- und Landesebene machen.

Der Girls'Day begann mit einem Frühstück gemeinsam mit den weiteren Teilnehmerinnen des SPD-Landesverbandes in den Osram Höfen. Hier habe ich in einer kurzen Ansprache alle Teilnehmerinnen begrüßt. Anschließend stand der Besuch des Bundestages – meinem Büro, dem Paul-Löbe-Haus, dem Marie-Elisabeth-Haus und natürlich dem Reichstag samt Kuppel - auf dem Programm.

Auch in diesem Jahr war die Nachfrage, den Girls'Day bei mir im Bundestag zu verbringen, sehr groß. Ich freue mich sehr über das große Interesse junger Frauen, mehr über den Arbeitstag einer Politikerin zu erfahren. Engagierte Frauen können wir immer gut gebrauchen. So erhielten die zahlreichen Bewerberinnen, die leider nicht den Girls'Day bei mir verbringen konnten, statt einer Absage die Einladungen zu einem Gespräch mit mir im Reichstag am 6. Mai 2005.

TANZ IN DEN MAI

Auch in diesem Jahr tanzte ich mit zahlreichen Genossinnen und Genossen, Bürgerinnen und Bürgern aus meinem Wahlkreis Charlottenburg-Wilmersdorf, mit Mandatsträgerinnen und -trägern und mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den „in den Mai“. Wir haben uns im Restaurant San Marino am Prager Platz getroffen und dank der guten Musikauswahl unseres Discjockeys auch kräftig das „Tanzbein geschwungen“. Mich hat es sehr gefreut, dass viele der Einladung gefolgt sind und wir sozusagen „generationsübergreifend“ einen überaus lustigen, anregenden und harmonischen Abend verbracht haben. Besonders gefreut habe ich mich über den Besuch von Swen Schulz, MdB, und Dietrich Masteit, MdA a. D. Dieser feierte mit seiner Frau Helga nicht nur den Tanz in den Mai, sondern auch



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

einen Jahrestag! Genau 35 Jahre zuvor lernten sich die beiden kennen: Beim Tanz in den Mai.



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

Dies und das

In einem feierlichen Festakt ist das Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin am Dienstag, den 17. Mai eröffnet worden. An der Eröffnungszeremonie nahmen neben Bundespräsident Horst Köhler und Bundeskanzler Gerhard Schröder sowie den Bundestagsabgeordneten auch Überlebende des Holocaust und zahlreiche geladene Gäste aus der ganzen Welt teil. Das Mahnmal sei kein steinerner Schlusspunkt der Erinnerung, sondern ein Gedenken der Opfer, das uns in Gegenwart und Zukunft verpflichte, sagte Bundestagspräsident Wolfgang Thierse am Dienstag bei der Einweihung in Berlin.

Das Denkmal, das an die Ermordung von sechs Millionen Juden durch die Nationalsozialisten erinnert, erhebt sich auf einem insgesamt 19.000 qm großen Gelände südlich des Brandenburger Tors. 2711 unterschiedlich hohe, anthrazitfarbene Betonstelen wurden auf dem Areal in einer gerasterten Anordnung in den unregelmäßig abgesenkten Boden eingelassen.

Entstanden ist ein Stelenfeld, das von allen Seiten begeh- und erfahrbar ist. Ergänzt wird es durch einen unterirdisch angelegten "Ort der Information", der auf rund 800 qm über das Schicksal der Opfer des Holocaust und die historischen Stätten der Verfolgung und Vernichtung unter nationalsozialistischer Herrschaft in Europa aufklärt.

Besonders bewegt hat mich der Auftritt der Holocaust Überlebenden Sabina van der Linden, geb. Haberman aus Sydney.

Anlässlich des 90. Jahrestages der Deportation und Ermordung der Armenier hat der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses Walter Momper am 23. April 2005 eine Rede auf der Gedenkveranstaltung der Armenischen Gemeinde zu Berlin gehalten, die ich hier wiedergeben möchte:

Walter Momper: „Ich begrüße Sie alle sehr herzlich im Abgeordnetenhaus von Berlin.

Mit dieser Gedenkstunde erinnert die Armenische Gemeinde zu Berlin an die Ereignisse im Jahre 1915 und an die Opfer der Deportationen und Massaker. Morgen, am 24. April 2005, jährt sich zum 90. Mal der Tag, an dem im damaligen osmanischen Reich die Verhaftungen und Deportationen armenischer Intellektueller, Künstler und Politiker begannen.

Dem folgte die Deportation und Ermordung des überwiegenden Teils der Menschen armenischer Abstammung auf dem Gebiet der damaligen Türkei. Ein kleiner Teil der armenischen Bevölkerung konnte überleben und wurde vertrieben. Seitdem leben viele Armenier in der Diaspora, verstreut über die ganze Welt. Nur eine ganz geringe Zahl von



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

Armeniern überlebte in der Türkei selbst. Sie konnten aber nur überleben, wenn sie ihre armenische Identität verborgen hielten.

Heute führt uns die Trauer und das Gedenken zusammen. Wir gedenken der hunderttausenden von erschlagenen, verhungerten, verdursteten, zerstückelten, erschossenen und vergewaltigten armenischer Kinder, Frauen und Männer. Wir denken an ihren furchtbaren Opfergang. Wir denken an die unvorstellbare Grausamkeit und die Unmenschlichkeit, mit der sie verfolgt und gemordet wurden.

Nach einer alten Weisheit ist nur der wirklich tot, an den sich niemand mehr erinnert. In unserer Kultur gedenken wir gerade derjenigen, die als Opfer sterben mussten und ermordet wurden, damit sie in unseren Gedanken lebendig bleiben. Und damit sie Mahnung bleiben, gegen neue Verbrechen, gegen Unrecht und Unterdrückung.

Niemand der heute Lebenden trägt Schuld an dem Geschehen damals. Aber alle - die Nachfahren der Verfolger und die Nachfahren der Verfolgten - tragen die Verantwortung für Gegenwart und Zukunft. Und wer das Gedenken an die Opfer verhindert oder bekämpft – der allerdings wird seiner Verantwortung nicht gerecht. Das Gedenken der Armenier an die Opfer der Verfolgung ist immer auch Kampf um die eigene nationale, kulturelle und christlich-religiöse Identität gewesen und ist es auch heute noch. Die Verhinderung dieses Gedenkens in der Türkei ist immer auch der Versuch gewesen, die armenische Identität auszulöschen. Der Begriff des Völkermordes umfasst immer zwei Elemente: Neben der physischen Vernichtung eines Volkes, der Versuch, dessen kulturelle Identität, sein kollektives Gedächtnis auszulöschen. Gemeinsam sich mit den Menschen armenischer Abkunft zu erinnern – dazu ist jeder Mensch aufgerufen. Auch die Nachkommen derjenigen, die die Täter dieser Grausamkeit waren.

Uns verbindet die Betroffenheit über das Geschehen damals und die Trauer um die Opfer. Wo immer Politik, politische Willkür oder Verblendung zur Verfolgung und Tötung von Menschen führt, sind alle betroffen, und wir alle sind gefordert, wenn es darum geht, neues Unrecht, neue Gewalt zu verhindern.

Natürlich muss Geschichte erforscht, aufgeklärt und dokumentiert werden, wenn man aus ihr lernen und Konsequenzen ziehen will. Der verantwortliche Umgang mit den Erkenntnissen und Lehren aus der Vergangenheit gehört zu den Voraussetzungen für einen verantwortlichen Umgang mit der Gegenwart und für ein friedliches Zusammenleben aller Völker. Der Ruf nach der historischen Forschung darf aber nicht zum Vorwand werden, sich dem Blick auf die Tatsachen und der politischen Verantwortung zu entziehen. Und im vorliegenden Fall sind die Tatbestände durch Augenzeugen, durch Akten und durch die Forschung klar belegt. Wer das bestreitet oder leugnet, kennt entweder die Literatur nicht oder will die Spur des Völkermordes vertuschen.

Wer Geschichte - oder Teile von ihr - verschweigen will, leistet Verdächtigungen und gegenseitigem Misstrauen Vorschub. Was gebraucht wird zur Aufklärung und Bewältigung schwieriger Abschnitte der Geschichte ist: der Mut zur Wahrhaftigkeit. Die Erfahrung zeigt, dass historische Forschung oft Ergebnisse hat, die nicht den traditionellen Denkweisen



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

oder unseren eigenen Wünschen entsprechen. In der Vergangenheit wohl jedes Volkes gibt es Epochen oder Ereignisse, die das Nationalbewusstsein belasten. Sie müssen ertragen und bewältigt werden. Wie das geschieht, ist ein Gradmesser für die politische Reife und Souveränität eines Volkes und seines Gesellschaftssystems.

Wer für die Darstellung historischer Tatsachen eintritt und sich an der Erforschung beteiligt, ist doch nicht ein Feind des betroffenen Volkes. Im Gegenteil: Tatsachenforschung kann ein Beitrag dazu sein, Vorurteile und Vorverurteilungen zu vermeiden oder zu entkräften. Wer sich dem widersetzt, schadet dem eigenen Volk. Und wenn mehr als eine Million armenischer Menschen Opfer geworden sind und ihr Leben verloren haben, so gehört es zur historischen Gerechtigkeit, daran zu erinnern und der Opfer zu gedenken.

Gerade wer ein Freund des türkischen Volkes ist - und ich selbst zähle mich ausdrücklich dazu -, muss das Recht haben, die Ereignisse von 1915 klar zu benennen. Gerade wer die Freundschaft mit den in Deutschland lebenden Menschen aus der Türkei als ein wichtiges politisches und gesellschaftliches Element in unserem Land ansieht und fördern will, muss die Ergebnisse seriöser historischer Forschung zur Kenntnis nehmen.

Es ist eine Tatsache, dass sich die ganz überwiegende Mehrheit der Historiker in aller Welt inzwischen darin einig ist, dass es sich bei dem Geschehen vor 90 Jahren um einen Genozid, einen Völkermord, handelte - und eben nicht nur um eine Auswirkung der damaligen Kriegsereignisse. Sicher befürchteten die damals regierenden Jungtürken, dass die christlichen Armenier mit dem Kriegsgegner Russland gemeinsame Sache machen könnten. Aber die massenweise Tötung armenischer Männer, Frauen und Kinder in den Jahren 1915 und 1916 vollzog sich nicht spontan und aus dem radikalisierten Kriegsgeschehen heraus: Es gibt eindeutige Dokumente, dass der Beschluss zur Vernichtung der Armenier keine Kurzschlusshandlung, sondern wohl durchdacht war.

Was sich nach dem Deportationsbefehl abspielte, den der damalige türkische Innenminister Talaat Pascha gegeben hat, ist in seinen Dimensionen erst nach dem Ende des Ersten Weltkriegs der europäischen Öffentlichkeit bekannt geworden, dann allerdings schon bald: Es gab Fotos, die ein deutscher Sanitätsgefreiter aufgenommen hatte, und es gab die von Johannes Lepsius 1919 veröffentlichten Berichte von Konsularbeamten der deutschen Botschaft.

Jahre später - 1933 - hat dann der Dichter Franz Werfel mit seinem großen Roman "Die vierzig Tage des Musa Dagh", der auf einem ausführlichen Quellenstudium beruhte, dem Widerstand der Armenier ein literarisches Denkmal gesetzt. Franz Werfel schilderte in seinem Roman, wie es 5.000 Armeniern aus sieben Dörfern in der Zeit der Verfolgung gelang, sich auf dem Musa Dagh zu verschanzen und Widerstand zu leisten, bis im September 1915 die Überlebenden von englischen und französischen Kriegsschiffen aufgenommen und in Sicherheit gebracht wurden. Und heute gebührt dem Autor Edgar Hilsenrath der Dank für seinen Roman, „Das Märchen vom letzten Gedanken“, der 1989 erschienen ist und die Tragödie des armenischen Volkes eindrucksvoll darstellt.



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

Zur Bewertung und Bewältigung des damaligen Geschehens gehört es auch, an die Verstrickungen des damaligen Deutschen Reiches zu erinnern. Das osmanische Reich war im Ersten Weltkrieg einer der wichtigsten Bündnispartner der Deutschen gegen das Russische Reich. Hunderte deutscher Offiziere standen im Dienst der Türkei, und es bestehen keine Zweifel daran, dass einige von ihnen auch mittelbar oder unmittelbar beteiligt waren. Auch war die deutsche Reichsregierung durch die Diplomaten des Auswärtigen Amtes besser über die mörderischen Vorgänge informiert, als sie nach Kriegsende zunächst eingestand. Für diese Mitverantwortung bitten wir das armenische Volk um Verzeihung.

Ein dunkles Kapitel der Geschichte Deutschlands. Aber es enthält historische Tatsachen, über die man öffentlich sprechen muss. Wir müssen sie zur Kenntnis nehmen und ertragen. Wir, die heute Lebenden, sind nicht Schuld, aber wir müssen wissen, was damals geschah, damit es sich nicht wiederholen kann.

Das gilt für jedes Volk und für alle dunklen Epochen der Geschichte. Man darf unterschiedliche Ereignisse der Vergangenheit nicht gleichsetzen, aber man muss jeweils Ursache, Verlauf und Folgen klären und kennen. Künftige Generationen müssen die Chance haben, aus der Vergangenheit zu lernen. Es ist nicht zum Schaden eines Volkes, sondern zu seinem Nutzen, wenn historische Fakten und Zusammenhänge aufgeklärt werden.

Einen besonderen Stellenwert erhält die Erhellung von Geschichte, wenn sie von den beteiligten Völkern gemeinsam vorgenommen wird. Für die Aufarbeitung der furchtbaren deutsch-polnischen Geschichte der letzten 200 Jahre war die deutsch-polnische Schulbuchkommission eine gute Plattform. Eine vergleichbare Kommission könnte für Türken und Armenier hilfreich sein, den schmerzlichen Prozess der Annäherung an die gemeinsame Geschichte voranzubringen. Ich appelliere an beide Seiten, eine solche Zusammenarbeit möglich zu machen. Es ist zweifellos vor allem die Sache der beiden betroffenen Völker selbst, diesen Teil der Geschichte zu bewältigen.

Was ich allerdings im Zusammenhang mit dem Drama des armenischen Volkes für falsch halte, ist die Vergangenheit als Keule gegen den EU-Beitritt der Türkei zu benutzen. Die Türkei hat einen Anspruch darauf, nach ihrer heutigen Politik beurteilt zu werden. Da gibt es – wie wir wissen – noch einiges zu verändern, insbesondere in der Politik gegenüber Minderheiten. Aber darüber ist erfreulicherweise die Diskussion in der Türkei selbst losgegangen. Die Arbeiten des Literaten Orhan Pamuk sind gar nicht hoch genug einzuschätzen. Sein Mut ist zu bewundern. Die von ihm ausgelösten Diskussionen stimmen uns hoffnungsvoll.

Der heutige Tag, der 23. April, hat auch für das türkische Volk besondere Bedeutung: Unsere Berlinerinnen und Berliner türkischer Abstammung feiern den Jahrestag der Gründung des türkischen Parlaments, und sie feiern ein internationales Kinderfest.

Für Sie, meine Damen und Herren, die Armenische Gemeinde zu Berlin, ist heute der Vorabend des 90. Gedenktages für die Opfer des Genozids von 1915.



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

Bei aller Gegensätzlichkeit appelliere ich an die Berlinerinnen und Berliner türkischer und armenischer Abkunft, das Gespräch miteinander zu suchen und in einen vorurteilsfreien friedlichen Dialog einzutreten. Dieser Schritt sollte endlich auch von den politisch Verantwortlichen auf beiden Seiten getan werden: auf der Grundlage der historischen Wahrhaftigkeit und mit dem Ziel der Gerechtigkeit und Versöhnung.

So verbinde ich das Gedenken an die Ereignisse von 1915 und die Trauer um die Opfer, die ich mit Ihnen teile, mit der Hoffnung auf Versöhnung und eine gemeinsame friedliche Zukunft.“

Termine

BÜRGERSPRECHSTUNDE

Meine nächste Bürgersprechstunde findet statt am Freitag, den 27. Mai 2005 von 16.00 bis 18.00 Uhr im Wahlkreisbüro in der Goethestraße 80. Wenn Sie Interesse an einem Termin haben, melden Sie sich bitte telefonisch an unter 030 – 313 88 82 oder 030-227-77262.

AUSSTELLUNGSERÖFFNUNG

Am Freitag, den 27. Mai, findet ab 18.00 Uhr die 2. Ausstellungseröffnung in meinem Wahlkreisbüro/SPD-Bürgerbüro in der Goethestraße 80 statt:

Jutta Bielfeldt stellt aus:

Reiseportraits - Menschen in Südostasien – Abseits vom Tourismus –

Jutta Bielfeldt – langjährige Genossin aus der SPD-Abteilung 7/2 „rund ums Rathaus“ - reist seit Jahren durch die Welt – die Kamera immer zur Hand. Die Bilder entstanden vor der großen Flutkatastrophe. Eine Ausstellung mit Portraitfotos aus China, Indien, Laos, Tibet, Kambodscha, Myanmar bringt uns allen die Menschen in Südostasien auf neue Weise näher. Dazu lade ich Sie herzlich ein.